



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 28
15.07.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>GMS</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 36 % und 33 %, SPD zwischen 24 % und 22 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, "Brexit", Verschärfung (Sexual-) Strafrecht
-------------------------	---

Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens, Referendum
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	GMS²	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	36 (+1)	35 (-)	34 (+2)	33 (-1)
SPD	23 (+2)	24 (+1)	22 (+1)	22 (-)
FDP	6 (-)	5 (-)	7 (-)	6 (-)
DIE LINKE	9 (-1)	9 (-)	9 (+1)	8 (-1)
B'90/Grüne	12 (-1)	12 (-1)	13 (-)	14 (+1)
AfD	8 (-1)	10 (-)	9 (-4)	12 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	6 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.07.	07.-13.07.	08.-13.07.	12.-13.07.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1), bei GMS 12 (+1), bei Emnid 11 (-1) und bei infratest dimap 11 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Bei forsa liegt die AfD bei 8 %. Dies ist der niedrigste Wert seit Januar 2016.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	48 (-)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

84 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-2) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 80 % (+3) für Merkel und 4 % (+2) für Gabriel entscheiden.

38 % (-6) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 34 % (+4) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.07.2016)

² im Vergleich zur KW 22

³ im Vergleich zur KW 27

Problemlösungskompetenz

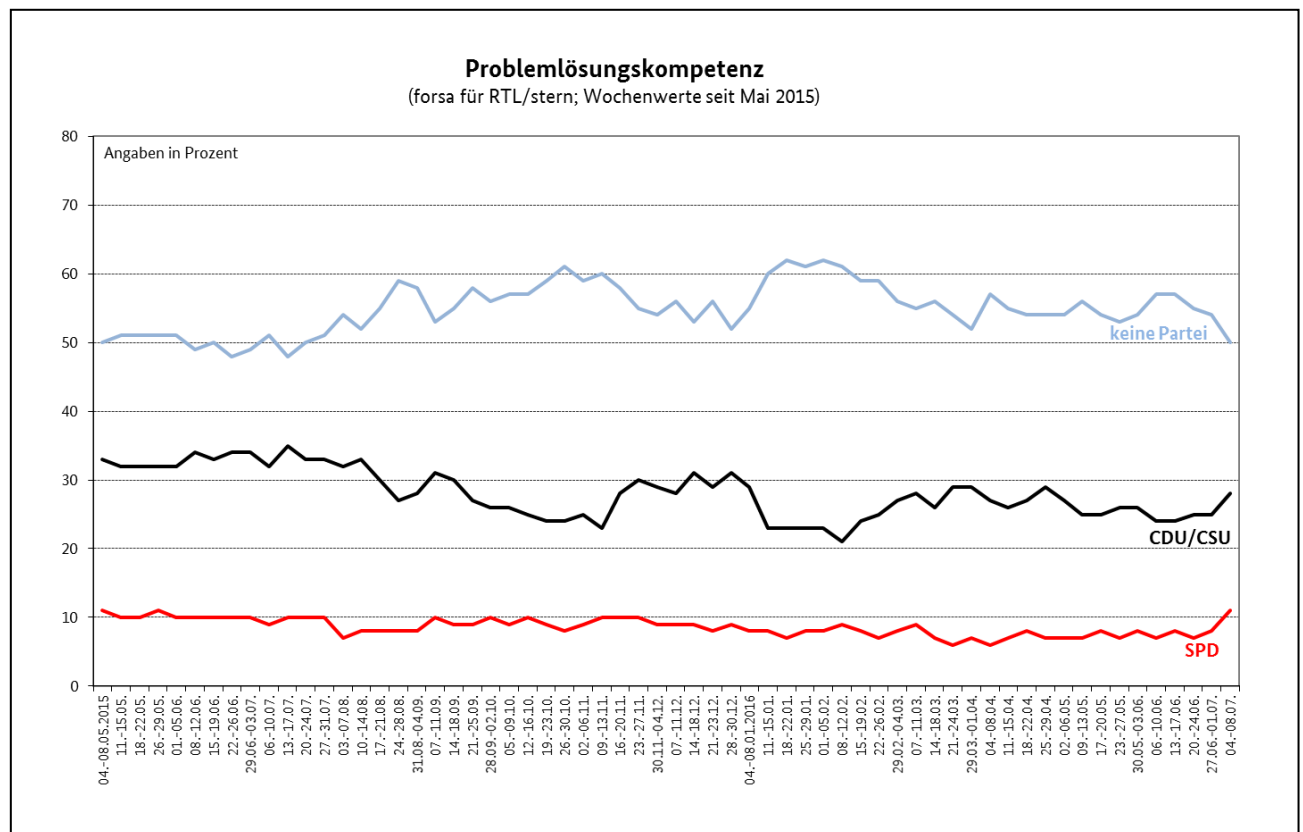
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	28 (+3)	
SPD	11 (+3)	
sonstige Parteien	11 (-2)	
keine Partei	50 (-4)	
Erhebungszeitraum	04.-08.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Jeder Zweite (-4) traut die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

63 % (-6) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 44 % (+5) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juli 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69 (-1)	29 (+1)	1 (-1)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	62 (-8)	33 (+5)	3 (+2)	1 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59 (+1)	36 (-2)	4 (+1)	2 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	58 (-3)	36 (+2)	4 (-1)	1 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (-3)	38 (-1)	6 (+3)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-)	39 (-4)	5 (+1)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (+4)	39 (-7)	7 (+2)	2 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (-1)	45 (-)	7 (+1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	44 (-2)	45 (+3)	10 (-)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44 (-6)	43 (+7)	10 (-2)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (-1)	41 (-2)	10 (-)	4 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (-1)	50 (-1)	13 (+1)	1 (-)
neue Technologien fördern	32 (+1)	49 (-2)	14 (-)	3 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-2)	49 (+1)	15 (+1)	4 (+2)
Verbraucherschutz stärken	31 (+2)	52 (-5)	12 (-)	3 (+2)
Staatsschulden begrenzen	29 (-7)	48 (+1)	16 (+4)	6 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (-)	48 (-2)	18 (+2)	5 (+1)
für Preisstabilität sorgen	27 (+2)	51 (-7)	18 (+3)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (-)	49 (-5)	19 (+3)	5 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (+1)	56 (-2)	15 (-)	3 (+2)
Erhebungszeitraum	06.-12.07.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von unter 30- und 40- bis 49-Jährigen (jew. 75 %) sowie von Anhängern der AfD (80 %) und der Grünen (76 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (75 % zu 62 %). 50- bis 59-Jährige (61 %) tun dies unterdurchschnittlich oft. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Anhängern der SPD (69 %) und der Union (68 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Über 60-Jährige nennen diese Aufgabe häufiger als unter 30-Jährige (67 % zu 49 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (67 % zu 56 %). Anhänger der Linkspartei (54 %) tun dies unterdurchschnittlich oft. Die soziale Gerechtigkeit wird von unter 30-Jährigen (68 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (64 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (79 %), der SPD (70 %) und der Grünen (68 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (67 % zu 51 %). 30- bis 49-Jährige (51 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (53 %) sowie Anhänger der AfD (52 %) und der Union (54 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Juli 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2016

Erhebung für BPA

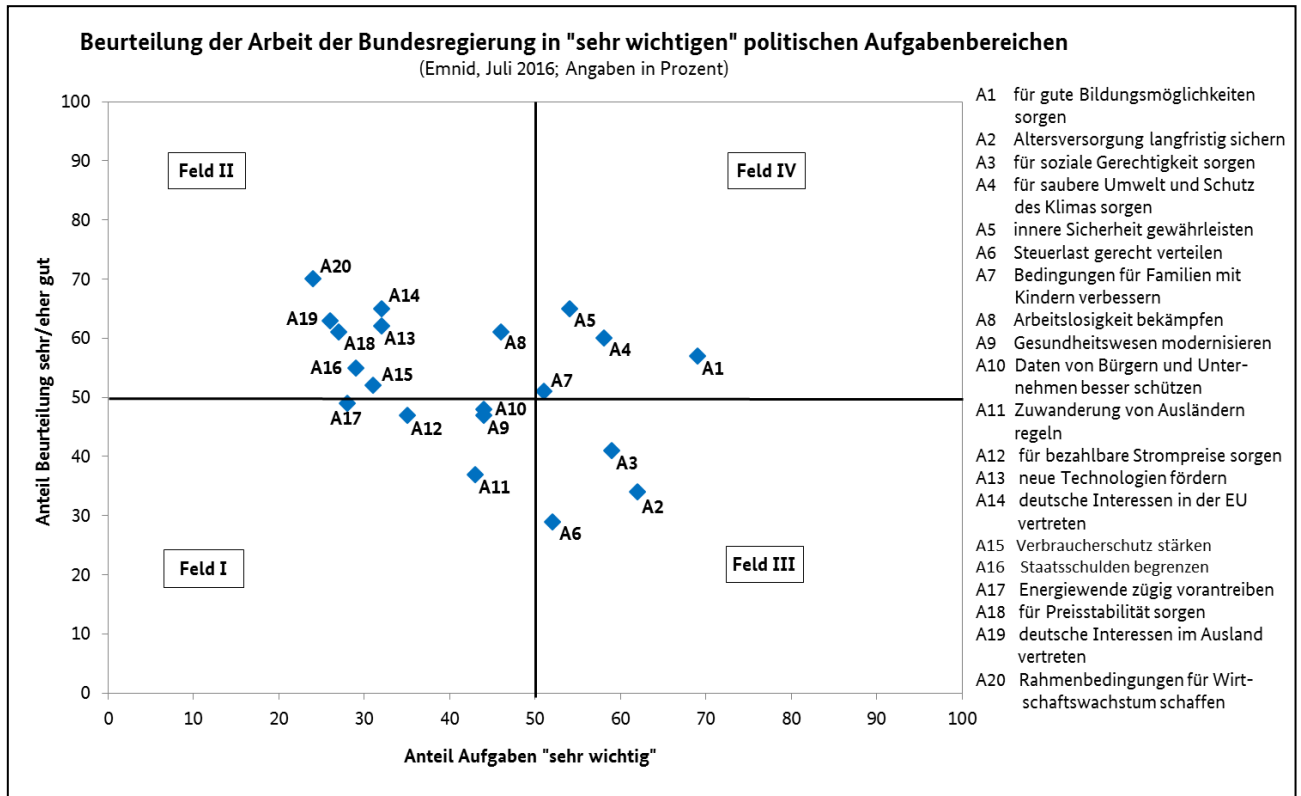
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (+5)	21 (-3)
deutsche Interessen in der EU vertreten	65 (+1)	30 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	65 (+1)	30 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (+2)	32 (-)
neue Technologien fördern	62 (-)	28 (+1)
für Preisstabilität sorgen	61 (+3)	34 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (+5)	37 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60 (+3)	38 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (-1)	40 (+3)
Staatsschulden begrenzen	55 (+4)	38 (-4)
Verbraucherschutz stärken	52 (-)	40 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-3)	44 (+5)
Energiewende zügig vorantreiben	49 (-1)	46 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (+7)	46 (-4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	47 (+2)	47 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (+2)	48 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (-4)	56 (+4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+3)	60 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	34 (+4)	62 (-3)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (-1)	68 (+4)
Erhebungszeitraum	06.-12.07.2016	

In 12 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (70 %).

Im Politikfeld "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 7 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A6), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A3).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. Folglich sind für die Mehrheit der Bundesbürger die Gewährleistung der inneren Sicherheit (A5), der Umwelt- und Klimaschutz (A4), die Bildungspolitik (A1) und die Familienpolitik (A7) sehr wichtige politische Aufgabenbereiche, in denen die Bundesregierung bereits sehr bzw. eher gute Arbeit leistet.

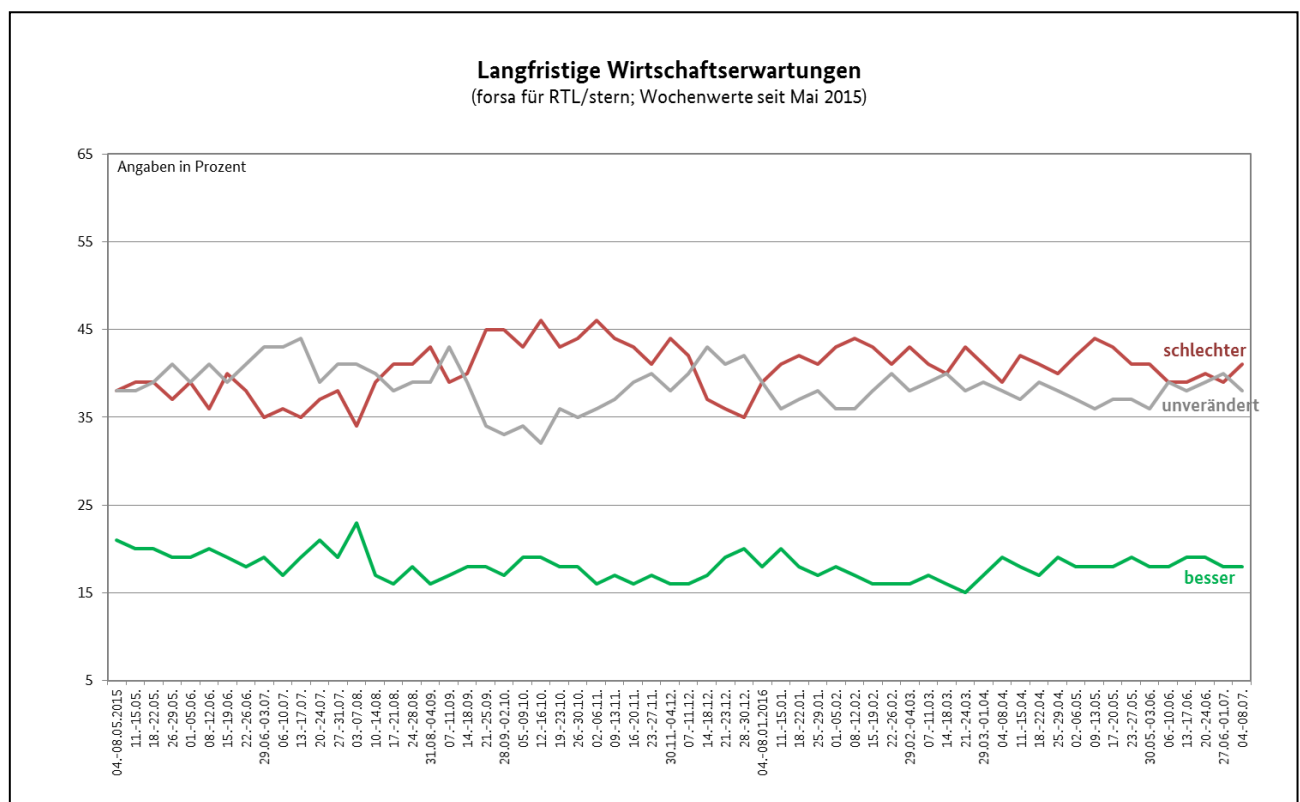
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-)
schlechter	41	(+2)
unverändert	38	(-2)
Erhebungszeitraum	04.-08.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	44 (+5)
eher in die falsche Richtung	47 (-4)
Erhebungszeitraum	04.-08.07.

Anhänger der Union (62 %) und der Grünen (51 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Personen mit einfacher formaler Bildung (53 %), Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 52 %) sowie für Anhänger der AfD (98 %) und der Linkspartei (63 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (-1)	14 (+1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	67 (+6)	27 (-5)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	48 (+3)	48 (-3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	45 (+3)	54 (-2)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	41 (+2)	53 (-2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	37 (+3)	57 (-2)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34 (-)	65 (-)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	33 (-)	62 (-2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	30 (+3)	67 (-3)
Erhebungszeitraum	04.-08.07.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (67 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

30- bis 44-Jährige (77 %) sowie Anhänger der FDP (80 %), der Union (77 %) und der Grünen (74 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt. Männer sind häufiger (sehr) zufrieden als Frauen (72 % zu 62 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (73 % zu 55 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (80 % zu 49 %). 45- bis 59-Jährige (34 %) sowie Anhänger der Linkspartei (41 %) und der AfD (37 %) sind hier überdurchschnittlich oft unzufrieden.

Anhänger der Grünen (64 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (61 % zu 30 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (55 % zu 29 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (51 % zu 37 %). Ostdeutsche (60 %) sowie Anhänger der AfD (87 %) und der FDP (59 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

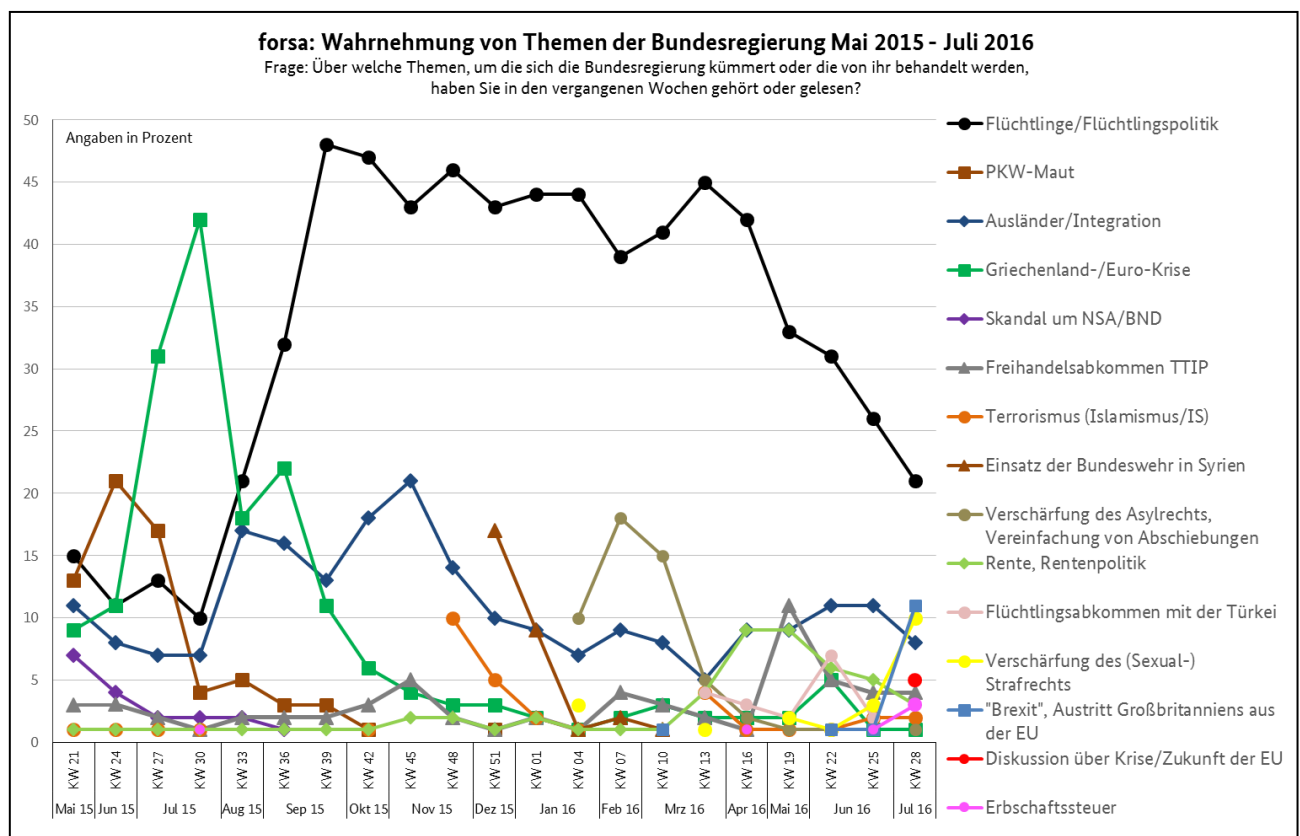
Unter 60-Jährige (74 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) und der Linkspartei (75 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	21 (-5)
"Brexit", Austritt Großbritanniens aus der EU	11 (+10)
Verschärfung des (Sexual-) Strafrechts	10 (+7)
Ausländer/Integration	8 (-3)
Diskussion über Krise/Zukunft der EU	5 (neu)
Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP)	4 (-)
Erbschaftssteuer	3 (+2)
Rente, Rentenpolitik	3 (-2)
Erhebungszeitraum	04.-08.07.

Die Flüchtlingspolitik, der Austritt Großbritanniens aus der EU und die Verschärfung des (Sexual-) Strafrechts sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Referendum	39 (-9)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	20 (-2)
Fußball-EM	14 (+2)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	6 (-5)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (-2)
Erhebungszeitraum	12.-13.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens bzw. dem Referendum.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (62 %) und der SPD (49 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (53 % zu 28 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (47 % zu 23 %). Ostdeutsche (28 %) sowie Anhänger der Linkspartei (29 %) und der AfD (27 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Über 65-Jährige (26 %) und Anhänger der AfD (30 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig. Anhänger der Grünen (11 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

